

Grüne Baselbiet
Sekretariat
Postfach 1344
4133 Pratteln 1
T/F 061 351 74 08
www.gruene.ch/bl
bl@gruene.ch
PC-Konto 40-7508-1

GRÜNPOL

Rundbrief zu aktuellen Themen

Es wählt sich am besten grün!

Philipp Schoch, Landrat Grüne, Präsident Grüne BL

Ein unglaublich grünes Wahljahr liegt hinter uns. Im Frühjahr 03 konnten wir einen grossen Erfolg bei den Landrats- und den Regierungswahlen verbuchen. Unsere landrätliche Fraktion konnte von fünf auf acht verstärkt werden und Maya Graf hat ein sehr gutes Resultat als Regierungskandidatin erreicht.

Dies liess hoffen auf den Wahlherbst. Auch im Oktober bei den nationalen Wahlen konnten wir einen grossen Erfolg feiern. Maya wurde glanzvoll bestätigt. Kurz gesagt: so stark wie im vergangenen Jahr waren die Grünen im Baselbiet noch nie. An dieser Stelle möchte ich mich nochmals bei allen Frauen und Männern bedanken, welche uns unterstützt haben! Ohne die grosse Hilfe vieler engagierter grüner Menschen wäre ein solcher Höheflug nie möglich gewesen. Danke! Ein Journalist meinte am Wahlsonntag wir hätten den falschen Slogan gewählt, eigentlich müsste es heissen: „Grün hebt ab“.

Nur, ganz so optimal war das letzte Jahr aber politisch doch nicht, wenn man an die Budgetdebatte im Landrat denkt oder die Bundesratswahlen. Inhaltlich haben wir in viele Geschäften verloren. Die Politik wird immer härter, die rechtsbürgerlichen Mehrheiten aller Ebenen in unserem Land setzen ihren massiven Sparunsinn immer mehr durch. Soziale Errungenschaften und Umweltthemen kommen immer mehr unter den Hammer. Jammern hilft aber nicht, wir werden auch im neuen Jahr unsere Anliegen mit allen Mitteln in die Politik einbringen. Die Landratsfraktion und auch Maya in Bern sind motiviert und bereit für ein schwieriges Jahr.

Kaum ist also der Wahlmarathon im letzten Jahr vorbei, stehen in den Baselbieter Gemeinden schon wieder Wahlen an. Am 8. Februar 2004 bestellen wir die Gemeinderäte, Einwohnerräte und Gemeindekommissionen neu. Wir Grünen und unsere Verwandten (Frischluff, NLO, Stechpalme, Unabhängige usw.) treten in vielen Gemeinden an und versuchen die letztjährigen Erfolge auch auf der kommunalen Ebene zu bestätigen. In dieser Ausgabe des Grünpol sind alle Kandidierenden aufgelistet. Wir freuen uns auch in diesem Jahr über viele grüne Stimmen. Vielen Dank für die Unterstützung und ein frohes, gesundes und grünes neues Jahr!

NEIN zur Mietrechtrevision

Lukas Ott, Stadtrat, Liestal



Das neue Mietrecht führt zu ständig steigenden Mieten - ohne jegliche Gegenleistung. Jedes Jahr kann die volle Teuerung überwälzt werden. Andererseits werden die Mieten erst missbräulich, wenn sie 15% über denjenigen von vergleichbaren Wohnungen liegen – eine viel zu hohe Grenze. Selbst bei Handänderungen können

während des laufenden Mietverhältnisses die Mieten bis zur Missbrauchsgrenze erhöht werden. Damit erfährt der Mieterschutz eine massive Verschlechterung.

Schon heute sind viele Wohnungen zu teuer, weil die Hypozinssenkungen oft nicht weitergegeben werden. Neu werden nicht nur die Krankenkassenprämien und Haushaltskosten, sondern auch die Mieten jedes Jahr steigen. Die Überwälzung der Teuerung zu vollen 100% ist zu hoch angesetzt und durch die Kosten der Vermieter nicht gerechtfertigt. Mit der vollen Teuerungsüberwälzung erhalten die Vermieter einen gesetzlich garantierten Teuerungsausgleich; welche Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer hat das heute noch?

Der Mietzins kann um bis zu 15% über die marktüblichen Mietzinse vergleichbarer Wohnungen (Vergleichsmiete) heraufgesetzt werden. Erst dann ist ein Mietzins nach dem neuen Gesetz missbräulich. Diese willkürliche und viel zu hohe Grenze hat zur Folge, dass bei 97,5% der Wohnungen eine Mietzinserhöhung möglich wäre. Die Mieten werden sich gegenseitig hochschaukeln, es wird eine Mietzinsspirale ausgelöst. Die ungerechte Mietrechtsrevision muss abgelehnt werden.



PAROLEN Zu den Abstimmungen vom 8. Februar 04

Teilrevision Mietrecht	NEIN
Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative	NEIN
Volksinitiative „Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter“	NEIN

Vorwärts, aber ohne Avanti!

Esther Maag, Landrätin Grüne, Präsidentin VCS beider Basel



Der Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative, über den wir am 8. Februar abstimmen, ist ein unverdauliches Multi-Mogelpack, unter dem letztlich alle leiden werden. Und wer will das schon?!

Die Alpen könnten bei einer Annahme weiter durchlöchert werden. Der Volkswille, der den Alpenschutzartikel gutgeheissen hat, wird damit mit Füßen getreten. Und wer will schon mit Füßen getreten werden?! Auch wäre es ein schwerer Schlag gegen die Verlagerung der Güter auf die Bahn. An noch mehr Lastwagen auf den Strassen leiden alle, – AutofahrerInnen, AnwohnerInnen und Dörfer – und das könne diejenigen, denen ihr Land lieb ist, genauso wenig wollen, wie diejenigen, die rasch vorwärts kommen möchten.

Es ist blauäugig zu glauben, dass mehr Strassen zu weniger Staus führen. Eine aktuelle Studie der University of London belegt erneut, dass Strassenausbau das Verkehrschaos vergrössert. Erweiterte Autobahnen und Tunnels generieren und ziehen mehr Verkehr an und machen damit den einzelnen noch langsamer. Und wer will das schon?

Da mehr Strassen zu immer zu mehr Verkehr führen, bedeutet das auch mehr CO2-Emissionen. Der Verkehr ist in der Schweiz verantwortlich für 34% der CO2-Emissionen. In den Bereichen Haushalt und Industrie sind sie weitgehend stabil oder sogar rückläufig, im Verkehr wachsen sie kontinuierlich, was die Luftqualität belastet und das Atmen zum Alptraum statt zur Traum macht. Und wer will das schon ernsthaft? Wenn ich manchmal Menschen frage, was sie so schätzen an der Schweiz und insbesondere an den Alpen, dann bekomme ich meistens als einen der ersten Faktoren „die gute und frische Luft“ zu hören. Wollen wir wirklich dieses kostbare, (touristisch einträglich vermarktbar) Gut fahrlässig gefährden?

Aber auch wem seine Mitmenschen lieb sind, kann dies nicht gutheissen. Jedes Jahr sterben(!) in der Schweiz 3'300 Menschen frühzeitig auf Grund der Luftverschmutzung. Ausserdem leiden 45'000 Personen an Bronchitis und 23'000 Kinder haben Asthmaanfalle. Wer je Zeuge eines solchen war, weiss, was das heisst! Das kostet das Gesundheitssystem jährlich 7 Milliarden(!) Franken, die wir dann wieder über steigende Prämien bezahlen. Und dass will ja wahrlich niemand!

Alle reden vom Sparen. Also mir soll erst einmal einer erklären, wie man 30 Milliarden(!) ausgeben will und gleichzeitig die Sparschraube anziehen will. (Es handelt sich nämlich um dieselben Kreise.) Heisst das dann, dass wir eine Zweiklassen-Medizin einführen? Heisst das dann, dass wir die Bildung noch mehr vernachlässigen? Heisst das dann, dass wir unsere touristischen und Naherholungsgebiete gefährden? Heisst das dann, dass unsere Bauern noch billiger produzieren müssen? Heisst das dann, dass noch mehr Familien am Existenzminimum

leben? Heisst das dann, dass wir die AHV kürzen? Also ich bitte Sie, da stehen einem ja die Haare zu Berge. Das kann ja wirklich nun gar niemand wollen!

Besonders fies in der Vorlage ist das Mogelpack für die Städte. Da wird von Agglofinanzierung gesprochen, was schlicht falsch ist. Denn die S-Bahnen können mit diesen Geldern gar nicht unterstützt werden, weil sie die Kriterien für die Fondsgelder nicht erfüllen! Auch steht nirgends im Gegenvorschlag, wie viel tatsächlich in den öffentlichen Verkehr investiert werden soll, was zum gnadenlosen Verteilungskampf führen würde. Wenn man die Gelder aber nach dem Giesskannenprinzip auf die 55 Agglomerationen verteilt, dann ergibt sich nur noch „Peanuts“ für jede einzelne, also etwa ein netter gestaltetes Abstellgeleise...

Deswegen ab mit Avanti aufs Abstellgeleise. Wir wollen vorwärts kommen! Stimmen Sie deshalb Nein zum 30-Milliarden-Avanti-Bschiess am 8. Februar!

Nein zur Volksinitiative „Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter“

Maya Graf, Nationalrätin Grüne



Diese Volksinitiative haben Angehörige von Gewaltopfer aus grosser, schmerzlicher Betroffenheit fast im Alleingang eingereicht. Auch wenn wir ein Nein zu den Forderungen der Volksinitiative empfehlen, respektieren wir diesen Einsatz und auch die berechnete Sorge. Die Initiative will für eine Gruppe von Tätern eine Verwahrung mit restriktiven Entlassungsbedingungen einführen. Eine Entlassung soll nur geprüft werden, wenn durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse nachgewiesen ist, dass der Täter geheilt werden kann. Gutachten erstellen müssen immer zwei, voneinander unabhängige Experten, und die Behörden würden für Rückfälle von entlassenen Tätern verantwortlich gemacht. Diese Neuerungen gehen indessen nur unwesentlich weiter als bereits geltendes Recht nach der Revision im Jahre 1998, das lebenslängliche Verwahrung, Schutzmassnahmen für die Allgemeinheit, Verantwortlichkeit der Behörden durch Strafgesetzbuch und Verantwortlichkeitsgesetze vorsieht. Sie schränken zudem die Kategorien von Straftätern sehr eng ein, weil die Initiative in erster Linie auf Delinquenten mit psychischen Störungen zielt. D.h. sie wäre auf andere gefährliche Straftäter nicht anwendbar. In der Diskussion im Parlament wurde zudem darauf hingewiesen, dass die Volksinitiative gegen einzelne Grundsätze der Europäischen Menschenrechtskommission verstossen könnte. Der Nationalrat hat die Initiative mit 123 zu 36 Stimmen zur Ablehnung empfohlen, der Ständerat mit 23 zu 1. Die Initiative gilt als erfüllt.

Bundesratswahlen: Stimmungsbericht eines historischen Tages

Maya Graf, Nationalrätin Grüne

Noch nie hat die Schweizer Bevölkerung bei Wahlen derart mitgefiebert als wär's die Fussball WM! Der 10. Dezember wurde schon Wochen vorher zum Höhepunkt eines Politthrillers hochstilisiert, und die Parteien erhöhten die Spannung, indem sie auf ihren Positionen beharrten. Wie alle anderen Fraktionen hatten auch wir Grüne am Tag vorher nochmals alle möglichen Strategien durchgesprochen und fast hellseherisch unser letztes Mediencommuniqué zum Thema „Frauenwahlen in den Bundesrat“ verfasst. Am Mittwochmorgen waren wir alle um Punkt 8.00 Uhr im Bundeshaus, trotz grossräumig abgesperrtem Bundeshausplatz und massiven Sicherheitschecks. Denn niemand konnte es sich diesmal leisten, seine Stimme zu vergeben. Meine Nervosität stieg beim Verteilen der Wahlzettel für den 3. Wahlgang, obwohl ich überzeugt war, dass es für Bundesrätin Metzler ganz knapp reichen würde. Als die 116 Stimmen für sie, 116 Stimmen für Nationalrat Blocher bekannt gegeben wurden, stieg die Spannung ins schier Unerträgliche. Bei mir stieg der Pessimismus. Und tatsächlich: nach dem dritten Wahlgang brach auf der rechten Seite Jubel aus. Rund um mich herum, betretenes Schweigen. Ein historischer Augenblick der Schweizergeschichte: Erstmals wird eine Bundesrätin abgewählt, vor 131 Jahren trafs (zwangsläufig) einen Mann. Die junge Frau musste den Hut nehmen, weil die rechtsbürgerlichen Männer (und einige Frauen), die ihr noch vor 4 Jahren begeistert die Stimme gegeben hatten, nun einen gestandenen Mann brauchten, um ihre neoliberale, rechtsbürgerliche Politik durchzupauken.

Vor dem 7. Wahlgang wies unsere Fraktionspräsidentin eindringlich auf die mangelnden Frauen im Bundesrat hin und empfahl unbedingt Christine Beerli die Stimme zu geben. Die Herren jedoch marschierten durch. Christine Beerli hatte nie den Hauch einer Chance. Mit einer Riesenwut im Bauch und einem Riesenfrust im Herzen brauchte ich, unsere Fraktion und viele andere Frauen auch frische Luft. Draussen trafen wir auf die vielen Menschen, hauptsächlich Frauen und junge Leute, die spontan von der Arbeit, aus den Schulen, aus den Büros, aus den Läden gekommen waren, um ihrer Wut Ausdruck zu geben. Eine Frau, vier rechtsbürgerliche Männer über 60 – das war nicht ihr Bundesrat.

Dieser ersten friedlichen Demonstration folgten in der ganzen Schweiz noch viele. Ich war in den folgenden 3 Tagen an drei weiteren Kundgebungen! Es ging mir dabei immer besser, denn ich spürte, die Politisierung der Frauen, der jungen Menschen und den weltoffenen fortschrittlichen Menschen in unserem Land wird uns helfen, unsere Opposition im Bundeshaus zu verstärken. Die Grünen werden stärker werden, wir haben so viele Parteieintritte wie nie! Gleichzeitig müssen wir mit Abstimmungen, Referenden und viel friedlichem Widerstand auf der Strasse und auf allen politischen Ebenen gemeinsam dafür kämpfen, dass die sozialen und ökologischen Forderungen Gehör finden. Und nie vergessen: in 4 Jahren sind wieder Parlaments- und Bundesratswahlen!

Sparmassnahmen im Bildungsbereich

Florence Brenzikofer, Landrätin Grüne



Die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) ist im Budget 2004 am stärksten von den Sparmassnahmen betroffen: Rund 7,25 Millionen Franken sollen in diesem Departement eingespart werden.

Die Grüne Fraktion hat sich in den Budgetdebatten vehement gegen die Kürzungen im Bildungsbereich gewehrt – leider mit geringem Erfolg! Die Budgetanträge betreffend „Beiträge an private Schulen und Kurse“, „Schulsozialarbeit“ und „Anmeldungs- und Prüfungsgebühren an den Gymnasien“ wurden abgelehnt, einzig der Antrag gegen die Reduktion einer Sportlektion an den Gymnasien wurde mit 40:39 Stimmen angenommen.

Vor fast vier Jahren stimmte der Landrat einem Staatsbeitrag von 2000.- pro Kind und Jahr für den Besuch einer Privatschule zu. Diese Zahlungen an Eltern von Kindergärtner/innen oder Primarschüler/innen sollen nun der Sparübung zum Opfer fallen. Für das Jahr 2004 sind die Subventionen noch gewährleistet, doch erhofft sich der Regierungsrat mit einer Gesetzesänderung, die Kosten auf die Gemeinden abzuwälzen. Sollten in Zukunft die Zahlungen weder vom Kanton noch von den Gemeinden getragen werden - die Gemeinden werden sich nicht zu diesem Schritt zwingen lassen - könnten zahlreiche Eltern ihre Kinder aus finanziellen Gründen nicht mehr an eine Privatschule schicken. Eine Negativspirale wäre absehbar: Viele Schülerinnen und Schüler müssten an eine Staatsschule wechseln, die Privatschulen würden unter Leistungsabbau leiden, die Konkurrenzfähigkeit der Schule nähme ab. In ihrer Existenz gefährdet wären diejenigen Schulen, welche eine Alternative zu den Staatsschulen anbieten (Beispiel: Rudolf Steiner Schulen). Dabei haben alle Eltern das Recht über die Art der Bildung ihrer Kinder frei zu bestimmen. Sogar die OECD-Länder empfehlen der Schweiz die Rahmenbedingungen für nichtstaatliche Schulen zu verbessern.

Die Umsetzung des Bildungsgesetzes wird durch die geplanten Sparmassnahmen gefährdet. Das Gesetz wurde unter anderem mit dem Versprechen des Ausbaus der Schulsozialarbeit an der Sekundarschule angenommen. Wird der Ausbau gestoppt, verbaut man einmal mehr einer schwächeren sozialen Schicht Bildungschancen: Die Jugendlichen, die ihre Krisen nicht selber überwinden können und die auf professionelle Unterstützung angewiesen sind.

Trotz Ablehnung des Postulats „Einführung der Anmelde- und Prüfungsgebühren auf Sekundarstufe II“ hat Regierungsrat Urs Wüthrich versichert, die Gebühren nicht einzuführen: Die vorgesehenen Kürzungen müssen aber an einem anderen Ort im Bildungsbereich eingespart werden.

Die gesamtschweizerische Entwicklung zu einer Bildungselite-Gesellschaft (Beispiel: Erhöhung der Studiengebühren) muss gebremst werden. Sowohl in der Volksschule, in der Oberstufe und im universitären Bereich muss die Chancengleichheit gewährleistet sein. Alle haben ein Recht auf gute Bildung, auch Menschen aus wenig begüterten Verhältnissen!

Gemeindewahlen am 8. Februar Die Grünen wählen!

Oberwil

Listenbezeichnung: NLO-Neue Liste Oberwil

In den Gemeinderat:
Lotti Stokar (Bild)



in die Gemeindekommission:
Christian Pestalozzi, Claude Scheidegger,
Simona Anders, Jonas Beetschen, Bruno
Dubach, Beatrice Göschke, Peter Högler,
Barbara Häne, Brigitte Heiz Wyss,

Raphael Jaberg, Tabea Martin, Camille Scheidegger,
Heidi Spirgi, Stefan Toth, Ralph Zillig.

Binningen

Listenbezeichnung: Liste 8, Grüne und Unabhängige
In den Einwohnerrat:

Mirjam Schmidli, Kaspar Birkhäuser, Ariane H. Aksoy-
Oelcer, Rahel Bänziger Keel, Noah Birkhäuser, Nicole
Blum, Patrick Danhieux, Guido Ehrler, Claudia Erismann,
Barbara Gürler-Herzog, Sibel Gürler, Kathrin Hauri
Zuberbühler, Urs Hauri, Guido Keel Bänziger, Christine
Merz, Cornelia Müller, Maja Preiswerk, Alfredo Voehringer
Denise Wullschleger, Sabine Zahn.

Arlenheim

Listenbezeichnung: Frischluft Arlesheim
In den Gemeinderat:



Kalle Zeller Zanolari, Daniel Wyss,
Ursula Laager-Hänggi, Karin Flückiger,
Kurt Schmidlin-Tanner, Andrea Hänggi,
Marco Gigli-Trüby (Bilder)

In die Gemeindekommission:

Kurt Schmidlin, Karin Flückiger, Simon Rolli-Zwimpfer,
Stephan Daniel Siegfried, Susanne Redle, Agnes Kaelin-
Graf, Regula Pulfer, Nico Grüninger, Sereina Reber,
Anina Ruckstuhl, Corinna Seiberth, Urs Leugger-
Eggimann, Claudia Grüninger-Blumer, Daniel Buser
Bloch, Nicole Köhli-Ehret

Münchenstein

Listenbezeichnung: Liste 8, Grüne und Parteilose
In den Gemeinderat:

Yannick Studer, Thomas Berset, Debora Bischofsberger,
Nicole Sacharuk, Felix Haas.

In die Gemeindekommission:

Arnold Amacher, Yannick Studer, Anton Bischofsberger,
Ursula Berset-Hänggi, Corienne Tamschick Schärer,
Etienne Morel, Ramon Gysin, Debora Bischofsberger,
Dino Gysin, Ursula Gysin-Zwicky.

Muttenz

Listenbezeichnung: Liste 2, SP und Grüne

In die Gemeindekommission:

Dominik Hug, Marianne Burkhardt.

Birsfelden

Listenbezeichnung: Grüne Parteilose



in den Gemeinderat:
Konrad Schreier, Jürg
Wiedemann, (Bild)
Paola Häusermann-
Borgognoni, Yvonne
Hoskyn-Zeller, Franziska
von Däniken

Pratteln

Listenbezeichnung: Unabhängige Pratteln

In den Gemeinderat
Stephan Ackermann (Bild)



In den Einwohnerrat:
Philipp Schoch, Stephan Ackermann,
Petra Ramseier, Nadia Maurer, Paul
Keller, Emil Job, Christoph Zwahlen
Benedikt Schmidt, Christoph Jenni, Lara

Vogt, Michael Zarantonello, Anita Schöpfer, Lukas
Schildknecht, Sascha Silva, Beatrice Künzli, Barbara
Ryffel, Roger Angst, Dominic Strub, Denise Zöbeli Vögtlin,
Bruno Klein, Christine Ferrari, Erhard Joerg, Mandana
Roozpeikar, Brigitte Ramseier, Sonja Barmettler

Liestal

Listenbezeichnung: Grüne Liestal

In den Stadtrat Lukas Ott (Bild)



In den Einwohnerrat:
Astrid Basler-Beugger, Marie-Theres
Beeler, Erika Eichenberger Bühler, Eva
Elber, Lukas Flüeler, Theres Fraefel,
Renate Gyalog, Jürgen Hänggi, Jürg
Holinger, Urs Lerch, Judith Lohner

Stohler, Simone Christina Meier, Yves Regenass, Corinne
Ruesch Schweizer, Julia Schuler, Elisabeth Spiess,
Andreas Spuler, Kenzo van Gogh, Pablo Wennberg,
Katharina Wey Wiget, Peter Witzemann, Susanne Zaugg

Sissach

Listenbezeichnung: Stächpalme



In den Gemeinderat:
Peter Buser, Martin
Hauswirth (Bild)

In die Gemeinde-
kommission:
Sibylle Rudin, Tom
Wernli, Sabina Fenner,

Bernhard Graf, Laura Grazioli, Urs Gysin, Franziska
Müller